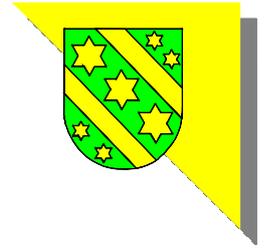


# Landkreis Reutlingen



## Haushaltsentwurf 2014

**„Mut und Verantwortung“**

Einbringung durch Landrat Thomas Reumann

23. Oktober 2013

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem Jahr 2014 steht ein Jahr der wichtigen Weichenstellungen vor uns. Ein Jahr, das uns alle gemeinsam vor gewaltige Herausforderungen stellt, wie wir die notwendigen Finanzmittel und Investitionen in wesentliche Zukunftsfelder des Landkreises Reutlingen schultern können, ohne die finanzielle Stabilität und die Leistungsfähigkeit des Landkreises einerseits, seiner Städte und Gemeinden andererseits zu gefährden. Wir brauchen den Mut zu den notwendigen Entscheidungen zur richtigen Zeit, aber auch die Verantwortung, diese nachhaltig und vertretbar zu gestalten. Das ist die politische Überschrift, die über dem heute eingebrachten Haushalt steht.

Zu den wesentlichen Zukunftsfeldern, die für die Menschen im Landkreis Reutlingen, in den Städten und Gemeinden von herausragender Bedeutung sind, zählt die Frage, wie wir auch langfristig eine bestmögliche und wohnortnahe medizinische Versorgung im städtischen wie im ländlichen Raum des Landkreises sicherstellen können. Der Landkreis Reutlingen hat sich dieser Verantwortung schon bisher in besonderem Maße dadurch gestellt, dass er die durch das Land nicht bezuschussten Investitionskosten getragen hat. Zuletzt konnten wir den erfolgreichen Abschluss der Neubauten der Bettenhäuser Süd 1 und Süd 2 am Klinikum am Steinenberg mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 60 Mio. EUR feiern, wovon der Landkreis rd. 33 Mio. EUR finanziert hat. Diese Bettenhäuser in Reutlingen, ebenso die Investitionen in Bad Urach oder der Neubau der Albklinik in Münsingen haben uns entscheidend weiter gebracht.

Dennoch brauchen wir nicht um den heißen Brei herumzureden, unsere Kreiskliniken Reutlingen GmbH ist in einer dramatischen finanziellen Schieflage. Im Jahr 2011 war ein Jahresfehlbetrag von 8,1 Mio. EUR zu verzeichnen, dieser verschlechterte sich im Jahr 2012 auf 9,5 Mio. EUR. Auch für 2013 wird von der Geschäftsführung ein hoher Jahresfehlbetrag prognostiziert.

Diese Entwicklung bei unseren Kreiskliniken ist zum Einen auf eine strukturelle chronische Unterfinanzierung von Krankenhäusern durch Bund und Land zurückzuführen. Darunter leiden alle Krankenhäuser trägerübergreifend in Deutschland. Jedes zweite Krankenhaus in Baden-Württemberg schreibt rote oder tiefrote Zahlen. Es sind aber darüber hinaus auch interne Strukturen und Prozesse und teure Vorhaltungen für diese sehr schlechte finanzielle Entwicklung mitverantwortlich.

Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung beauftragt, ein integriertes Konsolidierungskonzept vorzulegen, das alle drei Standorte in Reutlingen, Bad Urach und Münsingen im Sinne einer kommunalen Daseinsvorsorge zusammen denkt. Dabei soll auf die Frage, wie auch mehr Patienten gewonnen werden und damit die Erlöse gesteigert werden können, ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Erklärtes Ziel des Zukunftskonzeptes ist, insbesondere die mittel- und langfristige Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Kreiskliniken Reutlingen GmbH. Das Konzept besteht aus drei gleich wichtigen Bausteinen:

- der Weiterentwicklung und der Verbesserung der GmbH internen Organisation

- der Weiterentwicklung und vor allen Dingen Abstimmung der Medizinstruktur aller drei Standorte
- und dem Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste.

Die nächsten Meilensteine zur abschließenden Beschlussfassung und zur Umsetzung des Zukunftskonzeptes sind definiert. Derzeit ist die Bürgerbeteiligung in vollem Gange. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Bürgerwerkstatt werden sich der Aufsichtsrat der Kreiskliniken und der Kreistag Ende diesen/Anfang des kommenden Jahres mit der abschließenden Entscheidung zu befassen haben.

Wie notwendig diese teilweise auch schmerzhaften Veränderungen sind, zeigt eindrücklich das für das Jahr 2013 von der Geschäftsführung prognostizierte sehr schlechte Betriebsergebnis.

Ich sage sehr klar: Eine Übernahme der jedes Jahr durch den laufenden Betrieb anfallenden Jahresfehlbeträge durch den Landkreis kommt für mich schon ordnungspolitisch nicht in Betracht. Die GmbH muss positive Ergebnisse erwirtschaften.

Ein dauerhafter Zuschuss aus dem Kreishaushalt zu den laufenden Kosten des Betriebes, der ja zusätzlich zu unseren anderen Aufgaben aufgebracht werden müsste, würde den Landkreis, würde die Städte und Gemeinden zudem schlicht überfordern und wäre für den Landkreis finanziell nicht tragbar.

Als Beitrag des Gesellschafters Landkreis schlage ich Ihnen vor, den aufgelaufenen Bilanzverlust der Kreiskliniken GmbH beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 in mehreren Schritten und verteilt auf mehrere Haushaltsjahre zu übernehmen.

Mit Stand 31.12.2012 sprechen wir über aufgelaufene Bilanzverluste in Höhe von 12,5 Mio. EUR.

Konkret schlage ich Ihnen vor, in einem ersten Schritt im Haushaltsjahr 2014 die bis zum 31.12.2011 entstandenen Bilanzverluste auszugleichen.

Dies entspricht einem Betrag von 5,938 Mio. EUR, was einem Kreisumlagehebesatz von 1,76 % entspricht.

Voraussetzung muss sein, dass das Zukunftskonzept konsequent angegangen und umgesetzt wird und die definierten Finanzziele dieses Zukunftskonzeptes zu den im Konzept festgelegten Zeitpunkten erreicht werden.

Damit kein Missverständnis entsteht: Dies bedeutet nicht, dass jede einzelne Maßnahme und jedes einzelne Projekt auch tatsächlich umgesetzt wird, schließlich wollen wir dies alles ja in der Bürgerwerkstatt noch beleuchten und die Empfehlungen hieraus abwarten. Aber die dahinterstehenden finanziellen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan der GmbH, also die jeweiligen Verbesserungen oder Einsparungen, müssen erreicht werden, um die Kliniken mit allen drei Standorten dauerhaft zukunftsfähig zu erhalten.

Dieser Beitrag des Landkreises zur erfolgreichen Umsetzung des Zukunftskonzeptes ist von der Verwaltung noch nicht im vorgelegten Haushaltsplanentwurf etatisiert, da dies eine grundsätzliche kommunalpolitische Weichenstellung über die Zukunft der medizinischen und insbesondere der stationären Versorgung im Landkreis Reutlingen ist, die einer breit angelegten und intensiven politischen Diskussion im Kreistag bedarf.

Es geht aus meiner Sicht um ein klares Bekenntnis, dass wir von der Zukunft unserer Kreiskliniken, von der Zukunft aller drei Standorte überzeugt sind und mit einer breiten Zustimmung im Kreistag ein deutliches und verbindliches Signal insbesondere auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürger geben.

Die Entwicklung in anderen Landkreisen in nächster Umgebung zeigen, welche Auswirkungen es hat, wenn Krankenhäuser nicht mehr zukunftsfähig sind.

Für uns kann es deshalb nur heißen, den Mut und die Zuversicht aufzubringen, diese Bilanzverluste zu übernehmen und sehr konsequent hinter der Umsetzung des Zukunftskonzeptes 2018 zu stehen, und damit unserem öffentlichen Auftrag zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Menschen im Landkreis Reutlingen im Sinne einer kommunalen Daseinsvorsorge gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, so wichtig die Sicherung der Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Kreiskliniken ist:

Es ist beileibe nicht der einzige Aufgabenbereich des Landkreises. Wir haben auch in anderen Bereichen wichtige Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Diese sind im Haushalt etatisiert und damit komme ich zu den wesentlichen Eckpunkten des Haushaltes des Landkreises Reutlingen 2014:

Die Zahlen sind zunächst erfreulich, denn wir haben erstens eine Steigerung der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden zu verzeichnen und die fiel zweitens auch noch unerwartet hoch aus:

Durch das starke Wachstum der heimischen Wirtschaft und die damit

verbundenen höheren Steuereinnahmen steigen die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis im Jahr 2014 um 31,48 Mio. EUR auf 337 Mio. EUR. Damit wird ein neuer Höchststand erreicht.

Im Vergleich mit allen Landkreisen in Baden-Württemberg (6,38 %) ist die Steuerkraftsumme bei uns im Landkreis Reutlingen mit 10,3 % überdurchschnittlich gewachsen.

Bei einem nicht veränderten Kreisumlagehebesatz von 32,5 % würde das tatsächliche Aufkommen aus der Kreisumlage aus diesem Grund von jetzt 99,3 Mio. EUR auf 109,5 Mio. EUR steigen (+10,2 Mio.) steigen.

Im Sinne einer Balance zwischen den wechselseitigen Interessen des Landkreises und der Städte und Gemeinden schlage ich Ihnen vor, die Chance zu nutzen und die Verschuldung beim Landkreis und bei den Städten und Gemeinden nicht weiter zu erhöhen bzw. abzubauen und den Kreisumlagehebesatz um 1%-Punkt auf 31,5%-Punkte abzusenken. Das Kreisumlageaufkommen beträgt dann im absoluten Betrag 106,2 Mio. EUR, was einer Steigerung gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 von 6,9 Mio. EUR entspricht.

Die weniger erfreuliche Sicht der Zahlen ist, dass der Landkreis Reutlingen im kommenden Jahr dieses zusätzliche Aufkommen an Kreisumlage in Höhe von 6,9 Mio. EUR benötigen wird. Lassen Sie mich dies anhand von 5 Kernzahlen, die die wesentlichen Mehraufwendungen abbilden, erläutern:

1. Die Sozialaufwendungen steigen um 5,8 Mio. EUR.

Trotz der überaus erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung steigen die Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich weiter an. Der

Zuschussbedarf wird trotz positiver Ergebnisse der im Sozial- und Jugendamt eingeleiteten Optimierungsprozesse im Jahr 2014 mit rd. 118 Mio. EUR einen neuen Höchststand erreichen. 2013 waren dies noch 114 Mio. EUR.

- a. Den größten Aufwandsposten im Kreishaushalt stellt die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen dar. Die Aufwendungen steigen kontinuierlich ca. 3 Mio. EUR pro Jahr an. Konkret 2014 um 3,1 Mio. auf 54,4 Mio. EUR.

Ausgelöst ist dies einerseits durch stetig steigende Fallzahlen, andererseits steigen die Entgelte für die einzelnen Leistungen überdurchschnittlich an. Natürlich wird der im Jahr 2010 begonnene Steuerungsprozess konsequent fortgesetzt, um den weiteren finanziellen Anstieg zu dämpfen und wir haben Ihnen in diesen Tagen im Sozial- und Kulturausschuss auch schon über deutliche Einsparpotenziale von 240 000 EUR berichten können. Die Steuerung durch das Team des Sozialdezernats greift also!

Fakt ist aber auch, dass die Fallzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung auch weiterhin jährlich um 2 bis 3 % steigen werden. Es gelingt inzwischen, diesen Zuwachs weitgehend im ambulanten Bereich abzudecken und damit den Kostenanstieg etwas abzudämpfen. Eine Stagnation wird es aber auch in den kommenden Jahren wohl nicht geben.

Hinzu kommen deutliche Entgeltsteigerungen aufgrund der Tarifsteigerung 2012 und 2013. Auch 2014 sind weitere Steigerungen zu erwarten, da die Entgelte in der Eingliederungshilfe sich zu 80 % aus Personalkosten ergeben.

All dies macht deutlich:

Ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes werden die Aufwendungen für diesen Bereich auf Dauer von den Kommunen nicht getragen werden können. Das im Rahmen des Fiskalvertrages in Aussicht gestellte neue Bundesleistungsgesetz unter Einbeziehung der Bund- Länderfinanzbeziehungen muss in den kommenden Koalitionsverhandlungen verbindlich vereinbart und danach sofort angegangen und umgesetzt werden, um die kommunalen Haushalte nachhaltig zu entlasten.

Es muss aber auch klar sein, dass dies nicht gleichzeitig durch Leistungsausweitungen wieder aufgezehrt werden darf.

Denn die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird nicht zum Null-Tarif zu haben sein. Deren Auswirkungen werden weit über den klassischen Bereich der Eingliederungshilfe hinaus gehen. Es ist sicher der richtige Weg, die Regelstrukturen so zu optimieren, dass Eingliederungshilfe nicht mehr oder nur noch unterstützend notwendig ist. Aber auch hierfür brauchen wir vor Ort die notwendigen finanziellen Spielräume.

- b. Die Aufwendungen bei den erzieherischen Hilfen waren 2012 und 2013 weitgehend stabil.
- c. Kostensteigerungen ergeben sich insbesondere bei den Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung und bei der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche. Hier geht es vor allem um die zunehmende Zahl von Schulbegleitungen. Was diesen Punkt angeht, müssen wir ganz massiv darauf drängen, dass das bisherige System, bei der die Eingliederungshilfe als Ausfallbürge für die fehlenden Mittel der Kultusverwaltung des

Landes herangezogen wird, geändert wird. Die durchschnittliche Aufwendung für eine Schulbegleitung beläuft sich je Fall auf 1 500 EUR je Monat.

Insgesamt erhöht sich im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe der Zuschussbedarf auf 34,7 Mio. EUR.

- d. Weitere Kostensteigerungen werden sich indirekt aus den Erhöhungen der Regelsätze sowie aus den steigenden Mieten ergeben. Auch die höheren Nebenkostenabrechnungen werden sich aufgrund des langen und kalten Winters 2013 auswirken.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften war, wie wir Ihnen im letzten Schul- und Kulturausschuss berichtet hatten weitgehend stabil bei knapp 6 000. Wenn es uns aber selbst in Zeiten der Hochkonjunktur und Arbeitskräftemangels in fast sämtlichen Branchen nicht gelingt, den Bestand an arbeitslosen Menschen zu reduzieren, ist das ein Alarmzeichen und Auftrag an uns, noch mehr als bisher zu tun und neue Wege zu gehen.

In diesem Zusammenhang erwarte ich mir einiges von dem Projekt einer intensiven Vermittlung, dass wir gemeinsam mit der Agentur für Arbeit in diesem Jahr begonnen haben.

Fünf zusätzliche Vermittlern steht mehr Zeit für die individuelle Betreuung der Arbeitslosen zur Verfügung. Wir haben Ihnen zugesagt, dieses Projekt auszuwerten. Erfahrungen an anderer Stelle haben gezeigt, dass dadurch bis zu 30 % mehr und dauerhafte Integrationen erreicht werden können als mit weiteren, zusätzlichen Beschäftigungsmaßnahmen. Übrigens hatten wir mit der „Kommunalen Arbeitsfördergesellschaft KomAG“ ähnliche Erfahrungen gemacht.

e. Zu dem Bereich Sozialaufwendungen gehört auch der Bereich der Flüchtlinge und der Asylbewerber. Die Entwicklung der Gesamtzahlen im Jahr 2014 lässt sich nicht prognostizieren. Gingen wir Ende 2012 von einem mittelfristigen Bedarf von 350 bis 400 Plätzen aus, wird sich die Gesamtzahl der vom Landkreis unterzubringenden Asylbewerber Ende 2013 der Zahl 500 annähern.

Insgesamt hat sich der integrative Ansatz bewährt; zugleich hat die enge Kooperation zwischen Landkreis und Städten und Gemeinden es ermöglicht in 2013 kurzfristig zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Wir hoffen, dass sich dies in 2014 fortsetzen wird.

Die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen ist in der Zwischenzeit in allen Unterkünften abgeschlossen. Es hat sich gezeigt, dass diese Umstellung mit einem deutlich höheren Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Die für diesen Bereich vorgesehenen Pauschalen des Landes sind aber bei weitem nicht ausreichend. Es ist deshalb eine kostendeckende Finanzierung durch das Land erforderlich. Und ich frage mich schon, wann das Land seiner Verantwortung auch dadurch gerecht wird, dass Gemeinschaftsunterkünfte des Landes zur Verfügung stehen.

2. Mehraufwendungen bestehen im Bereich der Sachaufwendungen in einer Größe von 1,3 Mio. EUR. Winterdienst, Energiekosten, Gebäudeunterhaltung und Schülerbeförderung sind hier die Stichworte.

3. Die FAG-Umlage steigt um 800 000 EUR.

4. Zugleich reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen des Landes um 1,2 Mio. EUR. Hintergrund ist die nach dem Zensus 2011 rückläufige Bevölkerungszahl des Landkreises, und der Anstieg der Steuerkraftmesszahl.
  
5. Letztlich steigen die Personalaufwendungen um 1,9 Mio. EUR. Die Hälfte dieses Betrages ist von uns aufgrund Tarifsteigerungen, Stufensteigerungen und Beförderungen nicht steuerbar, die übrigen Mehraufwendungen sind durch dringende zusätzliche Personalstellen aufgrund Aufgabenzuwachs (insbesondere durch die dramatisch gestiegenen Asylbewerberzahlen, durch gesetzliche Regelungen sowie durch Fallzahlensteigerungen) begründet. Einige dieser Stellen haben wir mit Sperrvermerk versehen, so dass der zuständige Verwaltungsausschuss je nach Umsetzung und Erforderlichkeit entscheiden kann.

Meine Damen und Herren,

wenn Sie all diese Mehraufwendungen bzw. Mindererträge addieren, gelangen Sie zu einer Größenordnung von rd. 11,6 Mio. EUR.

Diesen Mehraufwendungen stehen im Wesentlichen Mehrerträge aus den Zuwendungen des Bundes und des Landes für Sozialleistungen in Höhe von rund 4,8 Mio. EUR gegenüber.

So übernimmt der Bund ab 01.01.2014 100 % der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII. Dies führt zu Mehrerträgen von 5,09 Mio. EUR.

Zugleich erhält der Landkreis nach der Modellrechnung für das Jahr 2014 Mehrerträge für den Soziallastenausgleich in Höhe von 1,12 Mio. EUR.

Dem gegenüber sinken die Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II um rund 1 Mio. EUR. Diese Zuschüsse für die Mittagsverpflegung im Hort und die Schulsozialarbeit sind bis zum 31.12.2013 befristet. Danach reduziert sich die Beteiligungsquote ab 01.01.2014. Dadurch ergeben sich Mindererträge von rund 1 Mio. EUR.

Der dem Landkreis zustehende Status- quo-Ausgleich wird um rund 400 000,00 EUR sinken.

Stellt man also dem durch die wesentlichen Mehraufwendungen entstandenen Mehrbedarf von rund 11,6 Mio. EUR die Mehrerträge durch Zuwendungen des Bundes und des Landes in Höhe von 4,8 Mio. EUR gegenüber, verbleibt der Bedarf an einem Kreisumlageaufkommen von 6,9 Mio. EUR.

Nur ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass wir bei der Aufstellung des Haushalts davon ausgegangen sind, dass die oberschwäbischen Elektrizitätswerke im Jahr 2014 an die Landkreise den in den Vorjahren üblichen Betrag von insgesamt 40 Mio. EUR ausschütten. In der Zwischenzeit ist aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der EnBW und den sich daraus ergebenden geringeren Ausschüttungsmöglichkeiten durch die OEW davon auszugehen, dass im Jahr 2014 lediglich 25 Mio. EUR an alle Landkreise ausgeschüttet werden. Dies bedeutet bei einem Anteil des Landkreises Reutlingen von 3,825 % einen Anteil von rund 956 000,00 EUR und damit einen Minderertrag gegenüber dem im Haushaltsentwurf vorgesehene Ausschüttungsbetrag von rund 600 000,00 EUR.

Meine Damen und Herren,

weitere Schwerpunkte des Haushalts sind:

- Bei den Freiwilligkeitsleistungen wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2 % eingeplant.
- Für die allgemeine Kulturförderung und Kulturprojekte wurden 43 000,00 EUR eingestellt, darin sind auch Mittel in Höhe von 10 000,00 EUR zur Förderung der Gedenkstätte Grafeneck enthalten.
- Wesentlicher Bestandteil der Jugendsozialarbeit ist die Schulsozialarbeit. Für die Schulsozialarbeit werden im Haushaltsentwurf 845 000,00 EUR eingestellt. Bekanntlich war das Land 2012 in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen. In 2014 beantragt erstmals eine Sonderschule für geistig Behinderte Zuschüsse für die Schulsozialarbeit. Lag der Bedarf für Stellen im Jahr 2013 bei rund 40 Stellen erhöht sich dieser Stellenumfang im Jahr 2014 auf 46 Stellen. Weitere wesentliche Leistungsbestandteile sind die Förderung der Mobilen Jugendarbeit, das Schulverweigerungsprojekt, die Förderung der Kulturwerkstatt sowie die Einzelfallhilfen zum Schulbesuch der Christian-Morgenstern-Schule.
- Die Zuwendungen beim Tagesmütterverein werden erhöht, da diese mehr Vermittlungen sicherstellen müssen.
- Wie Sie wissen, ist die standardisierte Bewertung und die Folgekostenrechnung für die Regionalstadtbahn Neckar-Alb abgeschlossen.

Als Einstieg in eine schrittweise Realisierung wurde ein Basis-Planfall 1 - stadtbahngerechter Ausbau mit Elektrifizierung der Ammertalbahn und Ermstalbahn mit neuen Haltepunkten auf der Neckartalbahn entwickelt.

Für dieses erste Modul wurde die Vorplanung in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, den erforderlichen Rahmenantrag beim Land zu stellen. Im Haushaltsplanentwurf wurden hierfür 130 000,00 EUR bereitgestellt. Auch hier steht im Jahr 2014 eine entscheidende Weichenstellung an, denn wir werden im Jahr 2014 darüber zu entscheiden haben, ob weitere Planungsschritte in Auftrag gegeben werden.

Lassen Sie uns zum Abschluss noch einen kurzen Blick auf den Finanzhaushalt werfen:

- Für den Bau von Asylbewerberwohnheimen haben wir 1 Mio. EUR in den Haushalt eingestellt,
- ein weiterer Schwerpunkt ist die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräumen an der Laura-Schradin-Schule mit 560 000 EUR.
- Außerdem soll die thermische Solaranlage an der Karl-Georg-Haldenwangschule in Münsingen erneuert und erweitert werden.
- für den Neubau der Straßenmeisterei in Münsingen als erste Rate 700 000 EUR,
- wir wollen jetzt den Ausbau der K6735 Marbach-Ödenwaldstetten angehen, dafür sind 1,27 Mio. EUR eingestellt,

- für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Trochtelfingen-Wilsingen der K6739 350 000 EUR.
- Für den Bau eines behindertengerechten Aufzugs hier im Gebäude Bismarckstraße 47 sind 250 000 EUR im Haushalt enthalten. Es geht um einen barrierefreien Zugang zu den Sitzungssälen und den Büros.
- Die Erneuerung der Leitstellentechnik der integrierten Leitstelle erfordert 240 000 EUR.
- Für Baumaßnahmen unserer Kreiskliniken haben wir im Haushalt 2014 2 Mio. EUR eingestellt.
- Die Stadt Reutlingen hat einen Antrag auf eine größtmögliche Zuschussung der Investitionen für einen Neubau einer Spielstätte des Stadttheaters Tonne im Areal der Listhalle gestellt. Hierfür sind 100 000 EUR im Haus etatisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss einen Punkt ansprechen, der uns alle beschäftigt. Der bisherige Höchststand der Verschuldung im Landkreis Reutlingen wurde nach Abschluss der großen Klinikinvestitionen und deren Finanzierung im Jahr 2005 mit 81,5 Mio. EUR erreicht. In den Jahren 2006 bis 2009 haben wir die positive wirtschaftliche Entwicklung und den Anstieg der kommunalen Steuerkraft dazu genutzt, auf Kreditaufnahmen bei der Investitionsfinanzierung zu verzichten.

Dadurch wurde es möglich, den Schuldenstand um insgesamt 20 Mio. EUR auf 61,7 Mio. EUR abzubauen. Die Verschuldung betrug am

31.12.2010 noch 56,9 Mio. EUR.

Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind zur Finanzierung der notwendigen Investitionen vor allem im Bereich der Beruflichen Schulen, ich erinnere an den Neubau der Georg-Goldstein-Schule und die Brandschutzmaßnahmen an den Beruflichen Schulen in Reutlingen und durch die Investitionen in unsere Kreiskliniken in Reutlingen, aber auch in Bad Urach wieder erhebliche Kreditaufnahmen erforderlich gewesen.

So müssen im Jahr 2013 zur Finanzierung der Investitionen Darlehen i. H. von 11,6 Mio. EUR aufgenommen werden.

Die Verschuldung des Landkreises Reutlingen betrug zum 31.12.2012 84,6 Mio. EUR einschließlich Kassenkredite betrug die Verschuldung nach der Schuldenstatistik des Statistischen Landesamtes am 31.12.2012 324 EUR je Einwohner. Die durchschnittliche Verschuldung der baden-württembergischen Landkreise lag bei 201 EUR je Einwohner. Damit hat nur noch ein Landkreis in Baden-Württemberg eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als der Landkreis Reutlingen. Für mich ist deshalb die Netto-Null-Neuverschuldung im Jahr 2014 in besonderem Maße von hoher Bedeutung.

Meine Damen und Herren,

ich komme zu der Abteilung Dank:

Ich danke meinem Team im Landratsamt, das auch im vergangenen Jahr erneut einen tollen Job gemacht hat und beziehe in diesen Dank ausdrücklich den Personalrat mit ein, der durch viele konstruktive Beiträge zu einem guten Miteinander beigetragen hat.

Ich danke dem Team der Kämmerei, insbesondere dem Dezernenten, Ihnen, Herr Pflumm, Ihnen, Herr Klett, und Ihnen, Herr Gekeler, dass Sie es erneut geschafft haben, diesen Haushalt mit sehr viel Sachkunde, Teamgeist und Fleiß fristgerecht vorzulegen und gemeinsam mit dem Team im Haus zu erarbeiten - Danke.

Meine Damen und Herren,

aus meinen Ausführungen ist deutlich geworden, dass wir in der Tat vor gewaltigen Herausforderungen stehen, die wir jetzt anpacken müssen. Aber es kommt auf den Start, auf den ersten Schritt an:

Goethe wird das Zitat zugeschrieben:

„Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nicht zu Rande.“

Lassen Sie uns also in den Beratungen gemeinsam das richtige Knopfloch finden.